

BürgerInnenbrief **Mitte**

4. Mai 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Kombibahn +++ EU-Vertrag +++ Barrierefrei? +++ Müllentsorgung +++ Merckstift +++ Links wirkt +++ St. Pauli

Horn: »Chefsache« und ein Milliardenär als Retter?



Auch die Traber aus Bahrenfeld zukünftig bei den Galopprennen in Horn?

Im Januar 2009 habe ich den Senat nach den Plänen für die Trabrennbahn in Bahrenfeld und die Rennbahn in Horn gefragt. Wie bei solchen Anfragen üblich, sind die Antworten des Senats prämienswert: Immer wieder heißt es, »die Planungen sind noch nicht abgeschlossen...«

So ganz ohne Vorstellungen steht der Senat allerdings nicht da, denn im Rahmen der Haushaltsberatungen waren bereits im Herbst 2008 bestimmte Summen benannt worden. Und bereits seit Mitte 2007 verfolgt er auf Basis von teuren Studien, die der Öffentlichkeit und dem Parlament nicht zugänglich gemacht wurden, das Ziel, die Trabrennbahn in Bahrenfeld

aufzugeben und die Anlage in Horn zu einer kombinierten Pferderennbahn – der so genannten Kombibahn – umzubauen. Bis heute ist allerdings kein (Finanzierungs-)Konzept dafür vorgelegt worden. Nach unterschiedlichen Angaben in der Presse sollen sich die Kosten für eine Kombibahn auf zwischen 25 bis 50 Millionen Euro belaufen.

In der Antwort auf die Anfrage vom Januar wurde mir mitgeteilt: »Die Planungen zur »Kombibahn für Pferdesport« haben noch keinen Realisierungsstand erreicht, der eine Senats- und Bürgerschaftsbefassung zulassen würde. Bei den im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 vorsorglich eingestell-

ten Beträgen handelt es sich um Teilbeträge eines möglicherweise durch die Freie und Hansestadt Hamburg zu finanzierenden Anteils.«

Jetzt kommt Bewegung in die Sache und die Planungen erweisen sich als durchaus fortgeschritten. Im Hamburger Abendblatt vom 20. April konnte man lesen: »Jetzt geht's los. Nach jahrelangem Wirrwarr im Behördenschwungel in Sachen Pferdesport kommt die Stadt nun zügig in die Hufe: Im Mai will der Senat grundsätzlich grünes Licht für die Doppelrennbahn geben und eine internationale Ausschreibung einleiten. Auch wenn noch kleinere Verfahrensfragen offen sind, so ist das Thema an sich Abendblatt-Informationen zufolge beschlossene Sache.«

An öffentlichen Mitteln stehen insgesamt 31,4 Millionen Euro zur Verfügung. 25,4 Millionen Euro sind fester Bestandteil des laufenden Haushalts und werden mit Wirkung dieses Jahres in vier Tranchen bereitgestellt: 6,571 Millionen Euro für 2009, 5,8 Millionen für 2010, 6,58 Millionen für 2011 und 6,46 Millionen für 2012. Weitere sechs Millionen Euro kommen von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Sie sind in der »Drucksache A-7-Deckel« festgehalten. In den kommenden Jahren soll die Autobahn 7 nördlich der Elbröhren auf 3,5 Kilometern mit einem »Dach« versehen werden – mit Platz für 600 Schrebergärten und Freizeitflächen. Investition: 430 Millionen Euro.

Dies also ist der Parlamentarismus des 21. Jahrhunderts. Abgeordnete – mindestens der Opposition – sind eigentlich nur Störenfriede, die es auszutricksen gilt. Es reicht auch völlig, dass der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, dass die Summe sich um sechs Millionen erhöht hat. Die konkreten Haushaltsbeschlüsse wird die Regierungskoalition noch im Mai im Ausschuss und in der Bürgerschaft durchsetzen. Beratungen über Konzeptionen stören nur.

Stören tut eigentlich auch die Bevölkerung. Dies wird an diesem Projekt besonders deutlich. Denn es handelt sich um eine Verknüpfung von zwei Grundstücksprojekten. Zunächst geht es um den Ausbau der A 7, der zwangsläufig einen Lärmschutz nötig macht. Das löbliche Projekt, die A 7 ein ganzes Stück weit in einem Tunnel verschwinden zulassen, kann städtebaulich und unter Lärmschutzaspekten sicherlich von vielen BürgerInnen nur begrüßt werden. Hamburg möchte allerdings die auf die Hansestadt entfallenden Finanzmittel durch Grundstückkäufe hereinholen – schließlich ist man ja etwas klamm wegen der diversen Leuchtturmprojekte (Elbphilharmonie etc.) und der Bankensanierung. Wenn man aber schon rund 100 Kleingärten auf den künftigen Deckel umsiedelt, dann kann man auch die Bahrenfelder Trabrennbahn mit versilbern und hat damit zugleich Flächen für Wohnungs- und Geschäftsbauten gewonnen. Die widerständigen Kleingärtner, die mit einem Bürgerbegehren ihre abweichenden Vorstellungen eingebracht hatten, werden ausgebremst; das gesamte Projekt wird zur Landessache erklärt und damit ist auch der Protest in Altona hinfällig.

Die BürgerInnen in Horn sind noch gar nicht gefragt worden, wie sie denn gerne die Erneuerung des Stadtteils und die Veränderung der Horner Rennbahn hätten. Dass deren

jetziger Zustand keine Zierde ist, dürfte von der Mehrheit der Anwohner bestätigt werden. Aber die Veränderungen stehen schon fest und sogar der künftige Investor ist bekannt. Er wird das Gelände einhegen und darauf achten, dass sich seine Investition durch entsprechende Eintrittspreise und sonstigen Geschäftsbetrieb rechnet. Lapidar – also gemäß der herrschenden Philosophie – steht im Abendblatt geschrieben: »Gesucht werden ein Investor sowie ein Betreiber. Im Rathaus wird fest mit einer Bewerbung des Milliardärs und Pferdezüchters Günter Herz gerechnet, der seine Vorstellungen bereits präsentierte. Die Ausschreibung, so die Garantie, soll fair, unabhängig und transparent sein.« Klar doch – unabhängig und transparent.

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte begrüßt selbstverständlich die Stärkung der neuen Mitte Horn durch die Realisierung einer Trab- und Galopprennbahn mit gleichzeitiger Aufwertung des Freizeitwertes des Geländes und Verbesserung der Verkehrsführung. Über die Sache mit dem Freizeitwert reden wir sicherlich noch ein paar Mal, denn der Investor dürfte den Zugang zur Rennbahn diktieren. Das Entwicklungskonzept Billstedt-Horn (Stand November 2008) steht unter dem Leitmotiv



Entwicklungskonzept Billstedt-Horn

»2020 gehören Billstedt und Horn zu Hamburgs familienfreundlichsten Stadtteilen«. Freilich gibt es dafür eine wichtige Bedingung: »Um die Planungen und Konsequenzen der Umsetzung einer Doppelrennbahn mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und allen betroffenen Anliegern, Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren und stadtteilverträglich zu gestalten, setzt sich das Bezirksamt Hamburg-Mitte für die Durchführung eines Mediationsverfahrens ein, an dessen Ende ein von allen getragener Kontrakt zur weiteren Entwicklung des Geländes steht.« Eigentlich ist alles klar: Nur der Großinvestor und die Bevölkerung müssen zusammenkommen – und der Pferdesport muss nach der großen Krise wieder den Anschluss bekommen. Ob da alle Wünsche in Erfüllung gehen werden?

Die Doppelrennbahn ist eine komplexe Geschichte: Ausbau der A 7 um weitere Spuren; Lärmschutz durch Tunnellung; Finanzierung durch Umlegung von Kleingärten und Auflösung der Bahrenfelder Trabrennbahn; Aushebelung des Protestes der betroffenen Kleingärtner und Anwohner in Altona; Hurra

- ein Milliardär wird Investor; ein Mediationsverfahren sichert die Akzeptanz in Horn und die Stadtteilverträglichkeit. Und letztlich: Die Bürgerschaftsabgeordneten dürfen im Ausschuss und Parlament zustimmen oder auch nicht.

Wie formulierte es der Journalist des Abendblattes doch so schön: »Höchste Zeit, dass der Senat das Thema Doppelrennbahn zur Chefsache erklären und das Startsignal für eine Kombianlage für Galopper und Traber in Horn geben will. Beiden Pferdesportsparten geht es schlecht. Die Wettumsätze, Lebenselixier des Rennbetriebs, sind eingebrochen; die Stadt muss finanziell füttern, um Konkurse zu verhindern. Zu allem Überfluss stehen die Traber in Bahrenfeld ohne handlungsfähigen Vorstand da. Still und effektiv wurde in den vergangenen Monaten eine internationale Ausschreibung initiiert. Die Absicht, einen Deckel über die A 7 zu bauen, ließ Kritiker im Bezirk Altona verstummen. Weil nun Erlöse aus dem Teilverkauf des Bahrenfelder Areals in das Projekt Überdeckung fließen können. Nachdem hinter den Kulissen seit Jahren mächtig gemauschelt wurde, ist das Signal nun deutlich: Die Suche nach Investor und Betreiber für die Kombibahn soll fair und transparent organisiert werden. Denn eine moderne Anlage, immerhin die einzige hierzulande, kostet weit mehr als jene 30 Millionen Euro, die im Haushalt reserviert sind.«

Still und effektiv, das heißt unter Ausschluss der Öffentlichkeit, regelt der schwarz-grüne Senat ja sämtliche Großprojekte von der Elbphilharmonie über die Kreuzschiffahrtsterminals bis hin zur Trabrennbahn. Für alles ist Geld da - reichlich. Und sage niemand, dass unsere städtische Presse nicht Klartext schreibt, denn in der Tat still und effektiv wurde im Hintergrund - ohne Einbeziehung der überflüssigen Bewohner der Stadtteile - die Mauschelei beendet.

»Chefsache« heißt: Die Krise des Millionärssports wird beigelegt, ein Milliardär wird Investor, die Kritik aus den Initiativen kriegt man allemal klein.

Zur »Chefsache« noch ein kleiner Nachtrag. Seit gut einem Jahr ist die GAL an der Regierung beteiligt. Seither geht es mit Elbvertiefung und dem Kohlekraftwerk in Moorburg gut voran, die Autobahnen werden zügig ausgebaut und jetzt ist endlich auch eine Stadtautobahn in Wilhelmsburg spruchreif. Der geschätzte Kollege Farid Müller, für die GAL aus Mitte in die Bürgerschaft gewählt, kommentiert daher die »Chefsache« als Erfolg und bescheinigt mir, für die LINKE gegen die Bevölkerung in Horn Politik zu machen: »Noch im Mai wird der Senat die Aufträge für die Doppelrennbahn in Horn ausschreiben. Grundlage dafür sind von der Bürgerschaft freigegebene Mittel in Höhe von 31,5 Millionen Euro. Eine kombinierte Trab- und Galopprennbahn wäre in Deutschland einmalig. Sie kann einen großen Schub für Horn bringen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils warten schon lange auf dieses Signal. Damit rückt die Realisierung aller weiteren Pläne für Horn, wie zum Beispiel des Stadtteilhauses, in greifbare Nähe. Bereits mit dem Konjunkturpaket der GAL-CDU-Koalition werden 2,6 Millionen Euro für die Modernisierung und den teilweisen Neubau der Jugendherberge Horn bereit gestellt. Mit der Kombirennbahn wird eine Grüne Forderung umgesetzt. Die Linkspartei hat übrigens gegen die Doppelrennbahn und damit auch gegen die Unterstützung von Horn gestimmt.«

Ja - ich habe gegen die Grundstücksgeschäfte im Zusammenhang mit dem A 7-Deckel gestimmt; ich bin gegen weiteren Autobahnbau in Wilhelmsburg und ich habe kein Vertrauen in die Logik, mit einem Milliardär das Zentrum in Horn zu modernisieren.

Lissabon-Vertrag – alle sagen ja, wir sagen nein!

von Sabine Wils



70% aller politischen Entscheidungen, die unser Leben maßgeblich bestimmen, werden auf der Ebene der Europäischen Union getroffen. Im Jahr 2000 haben die Staats- und Regierungschefs in der Europäischen Union (EU) mit der Lissabon-Strategie verabredet, die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Hierfür sollen den Unternehmen optimale Gewinnbedingungen geschaffen werden. Dafür greifen sie die Arbeitsbedingungen an, um mit niedrigen Löhnen, eingeschüchternen Beschäftigten und verstärktem Zwang, jede Arbeit anzunehmen, die Gewinne zu steigern. In Deutschland ist dies mit Schröder und Fischer gestartet und wird heute von

der Großen Koalition fortgeführt: Hartz IV, Rente mit 67, Verweigerung eines gesetzlichen Mindestlohns, Privatisierung der sozialen Vorsorge...

Mit dem Vertrag von Lissabon soll die EU eine »Verfassung« erhalten. Die neoliberale Wirtschaftspolitik wird dadurch festgeschrieben werden. Dies soll ungeachtet dessen passieren, dass auch die EU mit der Deregulierung der Finanzmärkte der aktuellen Finanzkrise Tür und Tor geöffnet hat und aktuell mit Bankenrettungspaketen die Gewinne der Finanzspekulanten garantiert werden. Die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen und die RentnerInnen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher gemacht. Jetzt soll die Mehrheit der Bevölkerung auch noch die Spekulationsverluste der Reichen bezahlen.

Sabine Wils, Gewerkschafterin aus Hamburg, ist Kandidatin für die Wahlen zum Europaparlament auf Platz 2 der Bundesliste DIE LINKE.

Mit dem Vertrag von Lissabon soll auch eine aggressive Politik nach außen festgeschrieben werden. Die EU-Mitgliedsstaaten werden zur Aufrüstung verpflichtet. Das Recht der nationalen Parlamente, über Militäreinsätze zu entscheiden, wird beschnitten. Das bestehende Demokratiedefizit in der EU und in ihren Institutionen wird zementiert.

Nach Annahme des Vertrages von Lissabon werden die EU-Kommission und der EU-Gerichtshof weiter dafür sorgen, dass auch in Deutschland diese Politik alternativlos sein soll.

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die für eine demokratische Verfassung für Europa kämpft. DIE LINKE ist die Stimme für ein Europa mit Demokratie,

Frieden, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit. Daher lehnen wir den Vertrag von Lissabon ab.

Viele Politikerinnen und Politiker bekennen sich zum Vertrag von Lissabon und wollen den Wählerinnen und Wählern gleichzeitig ihre sozialen und ökologischen Wahlprogramme verkaufen. Das ist nicht glaubwürdig.

Deshalb fordern wir eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon und wollen die Entscheidung nicht allein den Parlamentariern überlassen. Dann würden endlich nicht mehr diffus »Europa«, sondern die Inhalte des Vertrags von Lissabon zum Thema werden!

Barrierefrei? Nicht nur in Ochsenzoll Fehlanzeige!



Bei dem Versuch, die Stadt eigenständig mit dem Rollstuhl erkunden zu wollen und von einem beliebigen Punkt A zum Punkt B zu kommen, werden viele Menschen mit Behinderung scheitern. Zahlreiche Bordsteinkanten sind nicht abgeflacht und selbst öffentliche Einrichtungen häufig nur über Treppenstufen zu erreichen. Ein besonderes Manko stellen hoch- oder tiefgelegene Haltestellen der U- und S-Bahn wie auch der Eisenbahn dar, die nicht barrierefrei sind, d.h. nicht über eine befahrbare Rampe oder einen Lift verfügen, so dass es nahezu unmöglich ist, ohne fremde Hilfe auch nur den Bahnsteig zu erreichen.

Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen und Bahnhöfe im Einzugsbereich des Hamburger Verkehrsverbundes ist bisher

weit hinter anderen bundesdeutschen Städten zurück geblieben. Das hat eine Kleine Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion kürzlich ergeben (DS 19/1975): Von 46 S-Bahn-Haltestellen sind gegenwärtig nur 19 barrierefrei (neun weitere sollen bis zum Jahre 2011 ausgebaut werden), von 80 Haltestellen der U-Bahnen gelten derzeit lediglich 30 als barrierefrei (sechs weitere sollen bis 2011 umgerüstet werden). Jede Station, die nicht barrierefrei ist, bedeutet nicht nur für RollstuhlfahrerInnen, sondern auch für Kinderwagen schiebende Mütter und Väter, einen Teil der SeniorInnen und andere in der Bewegung eingeschränkte Menschen eine erheblich Beeinträchtigung der Mobilität und damit der Lebensqualität. Warum ist Hamburg so weit zurück, warum sind hier erheb-



Am 22.4. in der Bürgerschaft (Fotos: René Senenko)

lich weniger als 50% der Haltestellen barrierefrei, während es in Berlin eine nahezu 80- und in München eine fast 100prozentige Barrierefreiheit gibt? Im Interesse der Menschen muss auch die Freie und Hansestadt Hamburg schneller tätig werden, müssen mehr Mittel in die beschleunigte Installation von Fahrstühlen etc. fließen!

Am 26. März 2009 hat auch die Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet (der Text findet sich im Bundesgesetzblatt Jg. 2008, Teil II, Nr. 35, S. 1420ff., im Internet unter www.bgbl.de). Dort heißt es im Artikel 9 (1): »Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation (...) sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offen stehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten.«

Wie schwer sich der grün-schwarze Senat mit diesem Anliegen allerdings tut, bewies er am 5. März 2009, als CDU und GAL einen von der LINKEN unterstützten Antrag der SPD-Fraktion abschmetterten. Gefordert war, aus dem Konjunkturprogramm jährlich 20 Mio. Euro bereitzustellen und damit alljährlich zehn Haltestellen barrierefrei zu machen. Ein Grund mehr, den Druck auf den Senat zu erhöhen. Deshalb beteiligte ich mich am 9. April gemeinsam mit dem Abgeordneten Gunnar Eisold (SPD) an einer Aktion der Bürgerinitiative »Ein Lift für Ochsenzoll« (www.mit-nachdruck.de): Rund 50 LangenhornerInnen veranstalteten in der Mittagszeit eine »Sitzblockade«, um der Forderung nach einem Fahrstuhl Nachdruck zu verleihen. Die gehbehinderten NutzerInnen der U1-Haltestelle Ochsenzoll haben politisch verursachtes Pech: Ein barrierefreier Umbau ist noch nicht einmal anberaumt; bereits im vergangenen Jahr hatte die Initiative 452 Unterschriften gesammelt. Während der Sitzblockade berichteten mehrere Betroffene von ihren Schwierigkeiten, mobil zu bleiben bzw. mit der U1 fahren zu können. Grußworte kamen von einer Barrierefrei-Initiative und – im Wechsel – von VertreterInnen der SPD und der LINKEN aus Bezirk und Bürgerschaft. Am meisten beeindruckt hat mich eine Rollifahrerin, die mit

einem handgeschriebenen Plakat auf die Missstände hinwies und so lebhaft vor Augen geführt hat, was es heißt, mit dem Rollstuhl an einem Treppenabgang zum U-Bahnsteig zu scheitern und nicht weiter zu kommen.

Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hat – bestärkt durch Barrierefrei-Initiativen in Wilhelmsburg und Langenhorn – das Thema Barrierefreiheit auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft am 22. April gesetzt. Begleitet wurde die Debatte von einigen RollstuhlfahrerInnen aus den beiden genannten Stadtteilen. Ich habe in meinem Debattenbeitrag darauf hingewiesen, dass sehr wohl Geld in der Stadt vorhanden sei, dass es aber in die falschen »Taschen« fließt. Ein Bruchteil der Summen, die für Elbphilharmonie und HSH-Nordbank aufgewandt werden, würde für einen schnellen, barrierefreien Umbau aller Haltestellen reichen. Es ist schon merkwürdig, dass in der Nähe der U-Bahn-Haltestelle Ochsenzoll eine Seniorenwohnanlage entsteht, was ausdrücklich zu begrüßen ist, an eine alten- und behindertengerechte Verkehrsregelung und eine barrierefreie U-Bahn-Zugänglichkeit aber offenbar niemand gedacht hat. Mittlerweile gibt es zumindest von Seiten der CDU zarte Andeutungen, über die Haltestelle Ochsenzoll noch einmal nachzudenken. Das darf allerdings keinesfalls heißen, nur einfach die Reihenfolge der umzugestaltenden Bahnhöfe zu ändern, sondern es kann nur um eine beträchtliche Steigerung der Mittel gehen, um den Umbau flächendeckend zu beschleunigen.

Der Skandal in Sachen fehlender Barrierefreiheit ist noch viel größer, als oben geschildert: Selbst die bestehenden Liftanlagen funktionieren oft nicht und werden erst nach Wochen oder gar Monaten repariert. In Wilhelmsburg beispielsweise waren zwar 60.000 Euro für Instandsetzungsarbeiten bewilligt worden, aber der Fahrstuhl blieb außer Betrieb. Ähnliches gilt für den Barmbeker Bahnhof, wo es Monate dauerte, bis der Lift wieder in Gang gesetzt wurde. Ich werde deshalb als nächstes eine Kleine Anfrage an den Senat richten, um ihn dazu zu zwingen, Farbe hinsichtlich des Zustandes der bestehenden Fahrstühle und Lifts auf Bahnhöfen zu bekennen. Übrigens: **Am 5. Mai findet der »Europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen« statt – in Hamburg ab 17 Uhr am Bahnhof Altona in einer »bunten Mischung aus Aktion und Information«.**

»Man kann ja doch nichts machen...« Falsch!

Die Initiative »Rettet das Freibad Ohlsdorf«: eine Erfolgsgeschichte.
Auch für die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Nord.

von Peter Heim

Wie alles begann: Am 24. Januar 2008, exakt einen Monat vor der Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahl vom 24. Februar 2008, wurde der Bebauungsplan Ohlsdorf 10 im Gemeindesaal der St. Marienkirche vorgestellt. Kaum einer der 120 anwesenden Interessierten konnte dem präsentierten Vorschlag, der auf den Vorstellungen der Bäderland GmbH basierte, etwas abgewinnen. Sollten doch die 50 m-Außenbecken, die Sprungtürme und die Rutschen verschwinden. Durch den Verkauf von ca. 9.900 m² von der Gesamtfläche von ca. 25.000 m² würden große Teile der Rasenfläche ebenso vernichtet werden. Dort sollten teure Eigentumswohnungen errichtet werden. Die Empörung der Bürgerinnen und Bürger ob der geplanten Zerschlagung ihres Bürgerbades gipfelte in der Initiative »Rettet das Freibad Ohlsdorf«. Die Fraktion DIE LINKE hat von Anfang an die Aktivitäten und Ziele der Initiative unterstützt.

Welches sind die Hintergründe für das Ansinnen der Bäderland GmbH? Das Bad wurde über Jahrzehnte bezüglich der Instandhaltung und Wartung vernachlässigt. Der enorme Investitionsstau ist laut der Bäderland GmbH nur durch den Verkauf, d.h. die Privatisierung städtischen Eigentums, zu finanzieren. Man hatte versäumt, was jeder verantwortungsbewusste Kaufmann tut: Rücklagen für die laufende Instandhaltung und Modernisierung zu schaffen. Das, obwohl im bundesweiten Vergleich solcher Bäder die Eintrittspreise in Ohlsdorf zu den höchsten in Deutschland zählten.

Ziel der Bäderland GmbH ist, eine Wellness-Oase mit einem Leistungsangebot für eine zahlungskräftige Klientel zu schaffen. Das Konzept eines Familienbades wird völlig verlassen. Man hat sich eben rein betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Die Preisstruktur würde sich nicht an sozialen Zielsetzungen orientieren. Die krisenbedingt eher unsicheren und sinkenden Familieneinkommen werden ausgeblendet. Bedingt durch den Klimawandel wärmere und längere Sommerperioden, durch steigende Benzinpreise eingeschränkte Kurzreisemöglichkeiten an die Nord- oder Ostsee werden ignoriert.

Schwimmen als Angebot für breite Bevölkerungsschichten und als Teil einer Strategie zur Überwindung von Gesundheitsproblemen infolge von Bewegungsarmut von Jungen und Alten oder auch als Möglichkeit für Jugendliche, sich auszutoben, und das zu erschwinglichen Preisen, scheinen für Bäderland keine Rolle zu spielen. Das Unternehmen scheint es auch nicht für notwendig zu halten, über alternative Ideen nachzudenken. Zum Beispiel könnten die heutigen Außenbecken überdacht und mittels Solartechnik beheizt werden. Die Nutzungszeiten des Bades könnten dadurch verlängert werden.

Natürlich kostet das neben der notwendigen Sanierung viel Geld. Das Argument, dass das Stadtsäckel leer sei, hat



der Senat selbst ad absurdum geführt. Er setzt sich für eine Bewerbung Hamburgs ausgerechnet für die Ausrichtung der Schwimm-Weltmeisterschaft ein und ist bereit, dafür 25 Mio € locker zu machen. Außerdem gibt es auch noch die gerade aufgelegten Konjunkturprogramme.

Diesen Argumenten der Initiative und der Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Nord wurden in zahlreichen Bürgerfragestunden in der Bezirksversammlung und im Stadtentwicklungsausschuss seitens der CDU-, GAL- und Teilen der SPD-Fraktion sowie der Nord-Abgeordneten gebetsmühlenartig widersprochen. Die Entscheidung der Initiative, unterstützt von der Bezirksfraktion DIE LINKE, einen Bürgerentscheid durchzusetzen, war daher zwangsläufig.

Das vorgeschaltete Bürgerbegehren unterstützten bis zum Oktober 2008 15.000 Bürger, ca. 6.700 gültige Unterschriften hätten gereicht. Ein überwältigender Erfolg! Jetzt waren Bezirksversammlung und das Bezirksamt Nord gezwungen, den Bürgerentscheid durchzuführen.

Peter Heim ist Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.Hamburg Nord.

Die Fragestellung auf den Stimmzetteln führte zu einem juristischen Tauziehen im Hauptausschuss. Einzig die Bezirksfraktion der LINKEN kritisierte die Version der sonstigen Fraktionen und der Bezirksverwaltung. Eine Kleine Anfrage und eine daraufhin notwendige Sondersitzung des Hauptausschusses brachte erhebliche Ungereimtheiten zutage: Zum Beispiel wurde dort behauptet, dass sich die Eintrittspreise nach dem Bäderland-Konzept nicht erhöhen würden. Darüber kann jedoch die Bezirksversammlung nicht entscheiden. Bei den zeichnerischen Darstellungen der Bäderland-Planung handelte es sich um Vorentwürfe und keinesfalls um die zur Durchführung gelangende Planung. Schließlich wurde ein Text gegen die Stimme der LINKEN verabschiedet, der juristisch fragwürdig und irreführend war. Zahlreiche Beschwerden von Bürgern dazu erreichten die Fraktionen und die Bezirksverwaltung.

Doch die Bürgerinnen und Bürger verstanden und unterstützten die Ziele der Initiative. Von ca. 220.000 im Bezirk Nord Abstimmungsberechtigten gaben 41.000 ihr Votum ab. 35.000 stimmten für die Initiative (das sind 84,5% der abgegebenen Stimmen) – ein überragendes Ergebnis. Damit ist das Ansinnen der Bäderland GmbH vom Tisch. Der Bürgerentscheid ist für alle Beteiligten verbindlich.

Es bleibt zu hoffen, dass die Fraktionen der CDU, GAL und SPD sowie die Nord-Abgeordneten diese Entscheidung in konstruktiver Weise akzeptieren und eine dem Bürgerinnen- und Bürgerwillen entsprechende Sanierungs- und Modernisierungslösung unterstützen werden. Für die Bezirksfraktion DIE LINKE besteht kein Zweifel, dass sie der Initiative auch weiterhin mit Rat, Tat und finanziellen Mitteln aus ihrem Solidaritätsfonds zur Seite steht.

Müllentsorgung langfristig privat?

DIE LINKE in Hamburg steht für das Engagement gegen soziale Schieflagen und Verarmung immer breiterer Teile der Bevölkerung. Wir engagieren uns aber auch im Kampf gegen den Ausverkauf der Stadt und die Privatisierungsstrategie der neoliberalen Kräfte. Die Post zum Beispiel ist bereits privatisiert worden – und alle wissen, dass das Tausenden Beschäftigten den Arbeitsplatz gekostet und zur Auflösung etlicher Filialen in den Quartieren geführt hat. Auch der Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) ist heute nicht mehr städtisch, er wurde gegen den im Volksentscheid dokumentierten Mehrheitswillen der Bevölkerung an die Firma »Asklepios« verscherbelt. Die deutlich verschlechterten Beschäftigungsbedingungen haben MitarbeiterInnen in großer Zahl aus den Hospitälern vertrieben.

Die Müllentsorgung – ebenfalls eine der zentralen vom Staat zu organisierenden Aufgaben – scheint dagegen noch

scheinbar unangefochten unter städtischer Ägide zu laufen. Man weiß zwar, dass sich die Verhältnisse mit der »Dualen Abfallwirtschaft« seit 1994 geändert haben, wie aber kann es sein, so fragte mich kürzlich ein Bürger, dass Fahrzeuge der Hamburger Stadtreinigung mit privaten Firmenschildern (z.B. von der »Veolia«) herumfahren, also offenbar ausgeliehen oder gar verkauft sind? Findet hier eine klammheimliche sukzessive Privatisierung der Stadtreinigung statt?

Laut Antwort auf meine Kleine Anfrage an den Senat (Bürgerschafts-Drucksache 19/2800) werden Fahrzeuge nur an Tochtergesellschaften, keinesfalls aber an private Entsorgungsunternehmen ausgeliehen. Andererseits, die »Veolia« sei »Kunde und Dienstleister« der Stadtreinigung und sortiere in deren Auftrag z.B. Altpapier und Teile des Sperrmülls. Über die konkreten vertraglichen Verhältnisse schweigt sich der Senat allerdings aus.

Machen wir's wie die Franzosen, machen wir Alarm!



»Die tiefste Krise seit 1929 ist ein Epochenbruch.« Das haben sogar die wirtschaftswissenschaftlichen Institute kapiert, sie prognostizieren einen Rückgang des Wachstums von bis zu 6%. »Die Krise bedroht uns alle, aber die Verantwortlichen machen sich vom Acker!« Oder aber sitzen die Krise einmal mehr aus, wie die schwarz-rote Bundesregierung, die ein drittes Konjunkturpaket – von den Gewerkschaften massiv eingefordert – nicht für erforderlich hält. Mit einem Europäischen Aktionstag am 16. Mai (www.sechzehnter-mai.de) mobilisieren die Gewerkschaften gegen diese Politik: »Kein »Weiter so«, sondern einen sozialen Neubeginn! Die Profiteure müssen zur Kasse gebeten werden. Reiche sollen Steuern auf ihr Vermögen, ihre hohen Erbschaften und ihre hohen Einkommen zahlen! Für ein Ende des Casinokapitalismus.« (Zitate: ver.di-Aufruf zum 16.5.)

Wir machen Alarm! Heute, morgen, überall in Europa und am 16.5. in Berlin!

Treffpunkte: ab 11:30 Uhr Breitscheidplatz und Hauptbahnhof. Hauptkundgebung: um 14:00 Uhr an der Siegessäule. Anmeldung für Hamburger GewerkschafterInnen unter <http://veranstaltungen.dgb-hamburg.de/termin/anmelden>

Mit naivem Blick könnte einen die folgende klare Aussage des Senats beruhigen: »Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge entsorgen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, die ihnen vom Erzeuger oder Besitzer überlassen werden müssen.« Dann aber kommt die Einschränkung: »Vor allem Abfälle zur Verwertung aus dem gewerblichen Bereich sind dagegen vom Erzeuger oder Besitzer selbst – meist unter Einschaltung eines privaten Entsorgungsunternehmens – zu entsorgen.«

Der im Jahr 1983 buchstäblich zu Tage getretene Skandal um die Mülldeponie Georgswerder ist sicherlich nicht nur mir noch gut in Erinnerung: damals trat das hochgiftige Seveso-Gift Dioxin aus dem Müllberg aus, Beleg einer völlig unkontrollierten Müllentsorgung und des Versagens der Behörden(aufsicht). Wie sehen die gegenwärtigen Risiken aus? Zum Beispiel mit den Privatunternehmen, die Autowracks mit Elektroschrott auffüllen und über den Hamburger Hafen in afrikanischen Ländern auch noch gewinnbringend »entsorgen«?

Die Antwort auf die Kleine Anfrage enthält Zahlen zur langfristigen Verschiebung der Entsorgung zu so genannten Siedlungsabfällen (ohne Bau- und Abbruchabfälle): 1989 betrug der Anteil der Müllentsorgung durch private Unternehmen noch 27%, 1997 war der Wert bereits auf 35% angestiegen und im Jahre 2007 wurden von den gut 1,52 Mio. Tonnen Abfällen inzwischen 46% durch private Firmen entsorgt. Nahezu die Hälfte des hamburgischen Mülls landet also bei Firmen wie der »Veolia«, die die Entsorgung als rein wirtschaftliches, gewinnorientiertes Unternehmen angehen.

Längerfristig findet also auch in der Abfallentsorgung eine schleichende Privatisierung statt, die »öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge« verlieren Einfluss. Bezeichnenderweise stand für die Beantwortung meiner Frage, wie viele und welche ordnungs- und strafrechtlichen relevanten Vorfälle es denn bei privaten Müllentsorgern in den vergangenen zehn Jahren gegeben habe, »nicht genügend Zeit« zur Verfügung. Der hochriskanten Abfallentsorgung ist zukünftig mehr als nur ein (linkes) Auge zu widmen.

Merckstift: Eigentümer außer Rand und Band



Solidaritätsdemo des Einwohnervereins St. Georg am 30. März

In meiner unmittelbaren Nachbarschaft in St. Georg erlebe ich gerade, wie einige Eigentümer mit den Interessen und Sorgen »ihrer« MieterInnen umgehen: die Rede ist einmal mehr vom Merckstift in der Knorrestraße 9, für dessen Erhalt als Wohn- und Mietshaus ich mich zusammen mit der Stadtteilgruppe der LINKEN engagiere. Der letzte Stand ist, dass die BewohnerInnen (Studierende und Hartz IV-Betroffene) mittlerweile mit einer Räumungsklage überzogen werden – weniger mit Blick auf einen etwaigen Erfolg vor Gericht, als vielmehr mit

dem Ziel, die verbliebenen MieterInnen noch massiver unter Druck zu setzen. Inzwischen sind nicht nur die rückwärtigen Schuppen abgerissen worden, die ausharrende Mieterschaft sieht sich auch quasi täglich mit Anrufen und Besuchen des Vermieters konfrontiert. Die Gebrüder Kertscher und die Immobilienverwaltung Savills wollen das Merckstift mit ihrem rüden Umgang so schnell wie möglich und mit allen Mitteln mieterfrei machen, damit der neue Grundbesitzer – die »GS-Bau Neuwulmstorf« – auf dem Filetstück an der Langen Reihe

Im Zusammenhang mit der Problematik Mieterhöhungen und Erhalt der Sozialpreisbindung verweise ich zum einen auf eine **Informations- und Diskussionsveranstaltung** Anfang Mai, in der diese Fragen im Vordergrund stehen werden, zum anderen auf die von mir gemeinsam mit Michael Joho und Antje Schellner verfasste **Broschüre** »Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen! Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg«, die in allen Geschäftsstellen der LINKEN und bei der Bürgerschaftsfraktion kostenlos erhältlich ist.

Bezahlbare Wohnungen für Hamburg

Die Antwort der LINKEN: Sozialer Wohnungsbau
Diskussionsveranstaltung mit Dr. Joachim Bischoff, MdBü, DIE LINKE
Donnerstag, 7. Mai 2009, 19.00 Uhr
Kulturhaus Dehnhaide, Vogelweide 20b (5 Minuten von der U-Bahn Dehnhaide)



endlich die Architektenpläne für einen großen Neubau mit weiteren Eigentumswohnungen umsetzen kann.

Laut Informationen von VertreterInnen im St. Georger Stadtteilbeirat spielt die Bezirksverwaltung dieses schmutzige Spiel wieder einmal irgendwie mit. Bereits beim Umgang des Bezirks mit einem in Brand gesetzten Wohnhaus auf der Langen Reihe konnte man eine solche Haltung studieren: Erst unternahm man anderthalb Jahre gar nichts, um das ausgebrannte, offene Dach auch nur notdürftig abdecken zu lassen, und dann nach einer gewissen Schamfrist dem Abriss (bis auf die Fassade, ein wahrer Kampferfolg der GAL!) zuzustimmen und den Weg frei zu machen für den (schon vor dem Brand geplanten!) Neubau eines Edelkomplexes mit »hochwertigen« Eigentumswohnungen. Die gnadenlose, rein auf Rendite ausgerichtete Aufschickungsstrategie von Investoren nimmt auf die Menschen und in diesem Falle das altherwürdige Wohnstift von 1894 keinerlei Rücksicht – und wird immer wieder

flankiert von wechselnden Bezirkskoalitionen, mal SPD/CDU, mal SPD/GAL.

Wie wenig ernst der Bezirk die Problematik nimmt, wird an folgenden Details deutlich: Da wird der einhellige Beschluss des Stadtteilbeirats zum Erhalt des Merckstifts in zwei (!) Protokollen der Sitzungen falsch bzw. unvollständig wiedergegeben; da wird der für die nächste Sitzung beschlossene Punkt Merckstift von der Verwaltung wieder von der Tagesordnung genommen und trotz erneuten Beschlusses auf der betreffenden Sitzung einfach übergangen; da wird eine einhellig geforderte Ablaufschilderung der Ereignisse sowie der dubiosen Entwicklungen im behördlichen Hintergrund einfach nicht umgesetzt.

Hier für mehr Transparenz zu sorgen und mit Betroffenen gemeinsam für ihre Interessen einzutreten, ist eine der wichtigen Aufgaben der LINKEN in den Vierteln, im Bezirk und in der Bürgerschaft.

»Links wirkt!« – Fraktion vor Ort

Seit mehr als einem Jahr ist DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den sieben Bezirksversammlungen vertreten. Grund genug für mich und meine FraktionskollegInnen sowie für Abgeordnete in den Bezirken, Rechenschaft über unsere Arbeit abzulegen und darüber zu diskutieren, wie »Links wirkt«. Auf insgesamt fünf Veranstaltungen werde ich daher im Monat Mai zusammen mit KollegInnen aus der Linksfraktion in der Bezirksversammlung über die Arbeit in den parlamentarischen Gremien berichten.

Wir wollen aber nicht nur über Höhen und Tiefen des parlamentarischen Alltags reden, sondern auch erörtern, wie sich die politische Landschaft in Hamburg durch den Einzug der LINKEN in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen verändert hat. Ohne DIE LINKE in der Bürgerschaft wäre meines Erachtens den Skandalen um die Elbphilharmonie und die HSH-Nordbank nicht eine derart große Aufmerksamkeit in

der Öffentlichkeit gewidmet worden – und hierbei geht es um immense Summen von Steuergeldern, die von einer unverantwortlichen Senatspolitik verpulvert wurden und werden. Das trifft auch für die Aktivitäten im Bezirk und in den Stadtteilen zu: sei es der Kampf gegen die Schlickdeponie in Billstedt, die Verdrängung von MieterInnen aus dem St. Georger Merckstift oder die Zukunft der Horner Rennbahn mit der drohenden Vernichtung des Geländes als Freizeitpark. In all diesen Fällen haben Abgeordnete der LINKEN sich für die Interessen von Tausenden AnwohnerInnen eingesetzt, haben – oft an der Seite von örtlichen Initiativen – informiert, aufgeklärt und gestritten. Ob immer richtig, ob effektiv und konsequent genug, auch darüber möchten wir auf den Veranstaltungen selbstkritisch sprechen. Wer also über die Arbeit in Bürgerschaft und Bezirksversamm-



lung, über die Positionen und Initiativen der LINKEN mitdiskutieren möchte, sei zu den folgenden Veranstaltungen, an denen ich jeweils auch teilnehmen werde, herzlich eingeladen:

Horn: Dienstag, 5. Mai, 19.30 Uhr, Theater in der Washingtonallee, Washingtonallee 42 (gemeinsam mit der Bezirksabgeordneten **Sandra Clemens**).

Rothenburgsort: Freitag, 15. Mai, 19.30 Uhr, Stadtteilzentrum, Vierländer Damm 3a (gemeinsam mit dem Bezirksabgeordneten **Ronald Wilken**).

Billstedt: Dienstag, 19. Mai, 20.00 Uhr, Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30 A (gemeinsam mit der Bezirksabgeordneten **Renate Hercher-Reis**).

Hamm: Mittwoch, 20. Mai, 19.30 Uhr, Abgeordnetenbüro, Borgfelder Straße 83 (gemeinsam mit der Bezirksabgeordneten **Sandra Clemens**).

Finkenwerder: Donnerstag, 28. Mai, 19.30 Uhr, Aueschule, Ostfrieslandstraße 91 (gemeinsam mit dem Bezirksabgeordneten **Bernhard Stietz-Leipnitz**).

Empire St. Pauli



Steffen Jörg während des Rundgangs durch St. Pauli

Bei »Empire St. Pauli« handelt es sich um eine 85minütige Dokumentation, die die Hamburger FilmerInnen Irene Bude und Olaf Sobczak in Zusammenarbeit mit Steffen Jörg (Gemeinwesenarbeit St. Pauli) gedreht haben. Es geht um »Perlenketten und Platzverweise« und um die Aufwertungs- und Gentrifizierungstendenzen in St. Pauli. Ich hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, Steffen Jörg bei einem kritischen Rundgang durch St. Pauli zu erleben; dort hat er auf Mietsteigerungen und Kleingewerbeverdrängung, Tourismusüberflutung und Eventkultur aufmerksam gemacht.

Der Film hat Ende April den »Hamburger Dokumentarfilmpreis« im Rahmen des Wettbewerbes »direkt« gewonnen. Premiere ist am 7. Mai um 19.30 Uhr im SKAM (der ehemaligen Bowlingbahn, Reeperbahn 1). Weitere Aufführungen am 14. Mai, 20 Uhr (Lichtmeß-Kino), 16. Mai, 19 Uhr (Holstenschwemme), 18. Mai, 20 Uhr (Doppelschicht), 6. Juni, 19.30 (Kölibri), 7./8./9. Juni, 21 Uhr (3001), 11. Juni, abends (Park Fiction, openair), 21. Juni, 15 Uhr (Centro Sociale). Mehr über dieses Filmprojekt unter www.empire-stpauli.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**